

Deutschlands Plan zur Energiewende wird Makulatur

Welt, 11.12.2020, Daniel Wetzel

Die Europäische Union hat beschlossen, ihre Klimaziele noch einmal deutlich zu verschärfen. Weil schon die bisherigen Vorgaben ambitioniert waren, ist der neue Plan für Deutschland eine Zäsur. WELT erklärt, was jetzt auf Politik und Verbraucher zukommt.

Fünf Jahre nach dem Weltklima-Abkommen von Paris hat sich die Europäische Union darauf festgelegt, ihre Klimaziele zu verschärfen. Im Vergleich zu 1990 sollen im Jahre 2030 nicht mehr nur 40 Prozent, sondern 55 Prozent weniger Kohlenstoffdioxid (CO₂) emittiert werden.

Auf dieses Ziel können allerdings zum ersten Mal sogenannte Senken angerechnet werden, also etwa Wälder, die CO₂ aus der Atmosphäre ziehen. Bei aktuell zwei Prozent anrechenbarer Senken reduziert sich das neue Netto-Ziel der EU auf etwa 53 Prozent Emissionsminderung.

Für die deutsche Energie-, Umwelt-, Verkehrs- und Haushaltspolitik hat aber auch das bereits erhebliche Auswirkungen. Die wichtigsten Folgen im Einzelnen.

Benzin, Heizöl, Gas – alles teurer

Die Bundesregierung hatte für Deutschland bereits 55 Prozent Emissionsminderung als nationales Ziel gesetzt. Als Folge des neuen EU-Ziels läuft es für Deutschland nun eher auf Minus 65 Prozent hinaus, rechnet das Mercator Research Institute (MCC) vor.

Da Industrie und Kraftwerke bereits dem europäischen Emissionshandel unterliegen, muss die Bundesregierung insbesondere in den anderen Bereichen selbst für Zielerreichung sorgen, also im Verkehr, in der Wärmeerzeugung, in der Landwirtschaft.

Nach Abschätzungen des MCC müsste die Minderungsleistung in diesen Sektoren von bislang 38 Prozent CO₂-Einsparung auf 55 Prozent angehoben werden. Zu den Instrumenten der Bundesregierung gehört hier die CO₂-Bepreisung von Benzin, Heizöl und Erdgas, die ab 1. Januar zum ersten Mal greift und dann schrittweise verschärft werden soll. Zu erwarten ist nun, dass die CO₂-Preise noch stärker angehoben werden. Mit den Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung will die Bundesregierung die Strompreise senken.

Schnellerer Kohleausstieg

Industriebetriebe und Kraftwerksbetreiber sind zur Teilnahme am europäischen Emissionshandel verpflichtet. Sie müssen für jede Tonne CO₂, die sie ausstoßen, einen Berechtigungsschein erwerben.

Die EU wird passend zur neuen Zielsetzung weniger dieser Berechtigungsscheine ausgeben. Dadurch steigen deren Preise und damit die Kosten für Kraftwerksbetreiber und Industriebetriebe. Bereits kurz vor der EU-Entscheidung durchbrach der Börsenpreis für eine Tonne CO₂ zum ersten Mal die Marke von 30 Euro.

Der deutsche Plan zum Kohleausstieg bis 2038 wird dadurch Makulatur, vielfach wird jetzt 2030 als Enddatum genannt. „Schon jetzt sehen wir, dass die Marktkräfte schneller wirken als die Beschlüsse der sogenannten Kohlekommission“, sagt Andreas Kuhlmann, Chef der Deutschen Energieagentur (Dena).

Allein in den vergangenen fünf Jahren sei die Kohleverstromung um rund 50 Prozent gesunken. „Die Anhebung des EU-Klimaziels und die höheren Treibhausgas-Einsparungen bis 2030 führen zu einer Verknappung der Emissionsberechtigungen, was diesen Trend beschleunigt.“

Mehr Wind- und Solarkraft

Erneuerbare Energien sollen im Zuge der EU-Entscheidung schneller ausgebaut werden, um die wegfallenden Kohlekraftwerke zu ersetzen. Bisher war es das Ziel der Bundesregierung, den Ökostrom-Anteil von heute rund 42 auf 65 Prozent im Jahre 2030 auszubauen.

Der Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE) hält jetzt einen Ökostrom-Anteil von 80 Prozent bis 2030 für angemessen. Von „mindestens 70 Prozent“ spricht die Denkfabrik Agora Energiewende und mahnt, das geplante Erneuerbare-Energien-Gesetz 2021 noch vor der geplanten Verabschiedung in der kommenden Woche entsprechend anzupassen.

Nötig sei eine Verdreifachung des Ausbautempos erneuerbarer Energien. „Das EU-Klimaziel 2030 kommt gerade noch rechtzeitig, um noch in der EEG-Novelle 2020 berücksichtigt zu werden, für die jetzt die Schlussverhandlungen laufen“, so Agora-Chef Patrick Graichen: „Die große Koalition sollte sofort die Ausschreibungsmengen im EEG erhöhen.“

Internationale Lastenverteilung

Das Europäische Parlament will zwar sogar noch eine CO₂-Minderung um 60 Prozent durchsetzen. Doch die Regierungen dürften eine weitere Verschärfung verhindern, indem sie frühzeitig Fakten schaffen, glaubt Oliver Geden, Experte für Klimapolitik an der Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP).

Der Umweltministerrat könnte das neue Ziel bereits nach seiner nächsten Sitzung beim UN-Klimasekretariat als „nationale Kontribution“ (NDC) offiziell anmelden, so Geden: „Das darf er auch ohne Einwilligung des Parlaments.“

Teurer Klima-Aktionismus – die neue Angst der deutschen Wirtschaft

Wie das neue EU-Minderungsziel danach unter den europäischen Mitgliedstaaten verteilt wird, sei allerdings noch offen. Die Verordnung zur Lastenverteilung dürfte in der EU strittig werden. Polen und andere werden argumentieren, dass der „Verteilschlüssel“ sich nicht zu ihren Ungunsten ändert, schließlich waren es ja die reichen EU-Staaten, die das höhere Ziel unbedingt wollten.

Sie pochen auf finanzielle Unterstützung. Dafür sind Milliardenöpfte geplant: Ein Modernisierungsfonds, der aus Einnahmen aus dem Emissionshandel gespeist wird; ein Fonds für gerechten Wandel, aber auch der 750 Milliarden schwere Corona-Aufbaufonds, der zu mindestens 30 Prozent zur Umsetzung der Klimaziele genutzt werden soll. Die Kosten dieser zusätzlichen Hilfen verteilen sich auf die Netto-Zahler der EU, darunter Deutschland.

Belastungen des Bundeshaushalts

Nach einer Studie des Öko-Instituts im Auftrag des Bundesumweltministeriums ist die aktuelle deutsche Klimagesetzgebung unzureichend, um auch nur das bisherige deutsche CO₂-Sparziel von 55 Prozent zu erreichen. Für ein noch mal verschärftes Klimaziel muss die Bundesregierung sehr viel weitgehendere Maßnahmen beschließen.

Ordnungspolitische Vorgaben, etwa Fahrverbote oder ein Verbot von Öl- oder Gasheizungen, sind politisch allerdings nur schwer durchzusetzen. Wie bisher wird die Bundesregierung also verstärkt auf steuerliche Anreize und Beihilfen setzen müssen.

Dies gilt für Bereiche, die (noch) nicht dem europäischen Emissionshandel unterliegen, also Verkehr, Wärmesektor und Landwirtschaft. Nicht alle staatlichen Kaufanreize für Wärmepumpen,

Elektroautos, Gebäudesanierungen oder Effizienz-Technologien können jedoch aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung gegenfinanziert werden.

Hinzu kommt, dass die zusätzliche Kostenbelastung der energieintensiven Industrie kompensiert werden muss, damit diese international konkurrenzfähig bleibt und nicht zur Abwanderung gezwungen sein soll. Damit kommen auf den Bundeshaushalt weitere Ausgaben in noch unbekannter Höhe zu.

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus222309854/Neue-EU-Klimaziele-Die-deutsche-Energiewende-ist-Makulatur.html?cid=on-site.onsitesearch>